

**Kostentransparenz
stärken &
Effizienz des
Verwaltungsvollzugs
der Länder erhöhen**

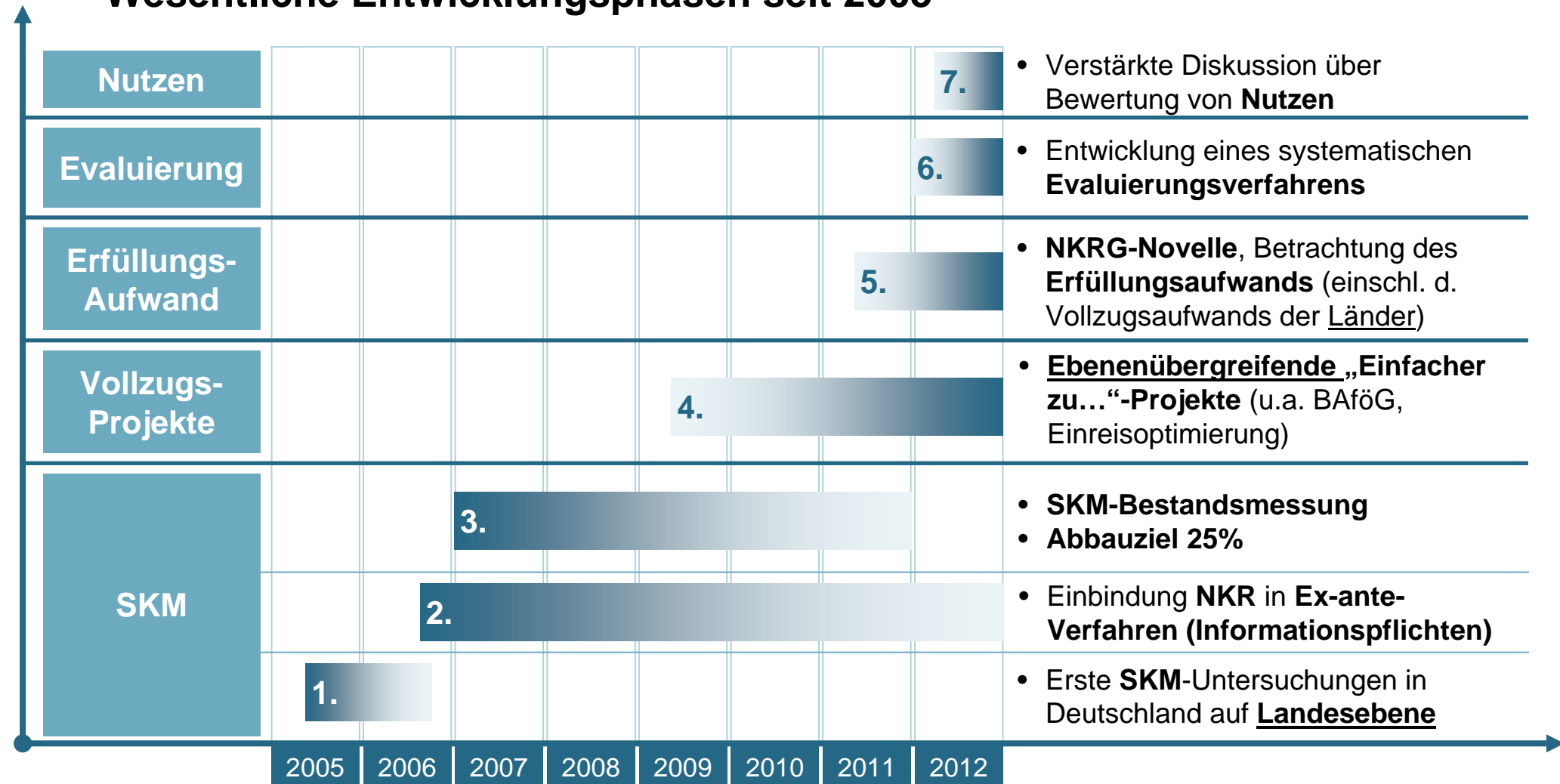
**Dritte Fachtagung Bürokratieabbau der
Konrad-Adenauer-Stiftung**

**Verhältnis von Bund und Ländern beim
Bürokratieabbau aus Sicht des NKR**

Dr. Johannes Ludewig,
Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrates

Berlin, 20. November 2012

Bürokratieabbau und Bessere Rechtsetzung in Deutschland – Wesentliche Entwicklungsphasen seit 2005



Rolle der Länder und Kommunen im Regierungsprogramm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“

	Ziele	Rolle von Ländern und Kommunen
Bürokratie- Abbau	<ul style="list-style-type: none">- Spürbare Reduzierung bestehender Kosten- Vereinfachung von Verwaltungsprozessen	<ul style="list-style-type: none">• Ebenenübergreifende Projekte z.B.:<ul style="list-style-type: none">- „Einfacher zu ...“-Projekte (Wohngeld, Elterngeld, BAföG)- Einreiseoptimierung- KfZ-Wesen• E-Government
Bessere Rechtsetzung	<ul style="list-style-type: none">- Transparenz über Kostenfolgen neuer Regelungsvorhaben- Vermeidung unnötiger Kosten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung	<ul style="list-style-type: none">• Einbeziehung bei Abschätzung des Erfüllungsaufwands von Regelungs-Entwürfen der Bundesregierung (Ex-ante-Verfahren)• Berücksichtigung von Kostenfolgen bei der Entscheidungsfindung im Bundesrat

Vermeidung unnötiger Bürokratie durch Kostentransparenz

Ziele des Ex-ante-Verfahrens

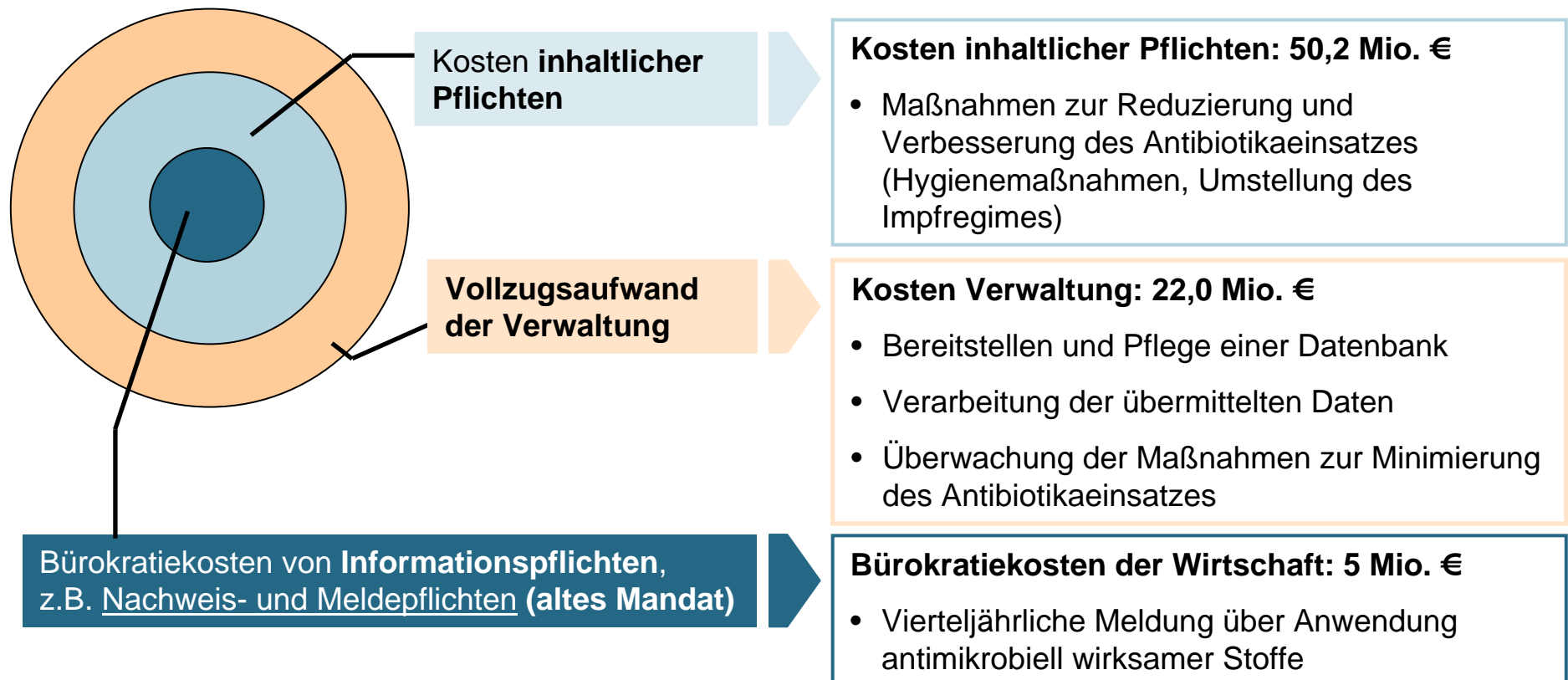
1. Herstellung von **Transparenz über Kostenfolgen** einer Regelung
2. Prüfung, ob sinnvolle, weniger belastende **Alternativen** bestehen
3. **Verbesserung der Entscheidungsgrundlage**
4. Beitrag zur besseren **Qualität der Gesetzgebung**
5. **Vermeidung unnötiger Kosten**

Beispiel: Markttransparenzstellen-Gesetz

- Ziel: Mehr Transparenz über **Preisbildung von Kraftstoffen** zur effektiven Bekämpfung kartellrechtlicher Verstöße
- Zunächst keine Kostenschätzung, NKR hat in seiner Stellungnahme **nachträgliche Quantifizierung eingefordert**
- Ergebnis: **Erfüllungsaufwand 85 Mio. €**
- **Kostentreiber: abgeforderte Mengendaten** (85% der Kosten)
- Parlamentarisches Verfahren: **Verzicht auf Mengendaten**, da unverhältnismäßig hoher bürokratischer Aufwand
- Ergebnis: **Reduzierung der Kosten um rund 70 Mio. €** gegenüber ursprünglichen Entwurf

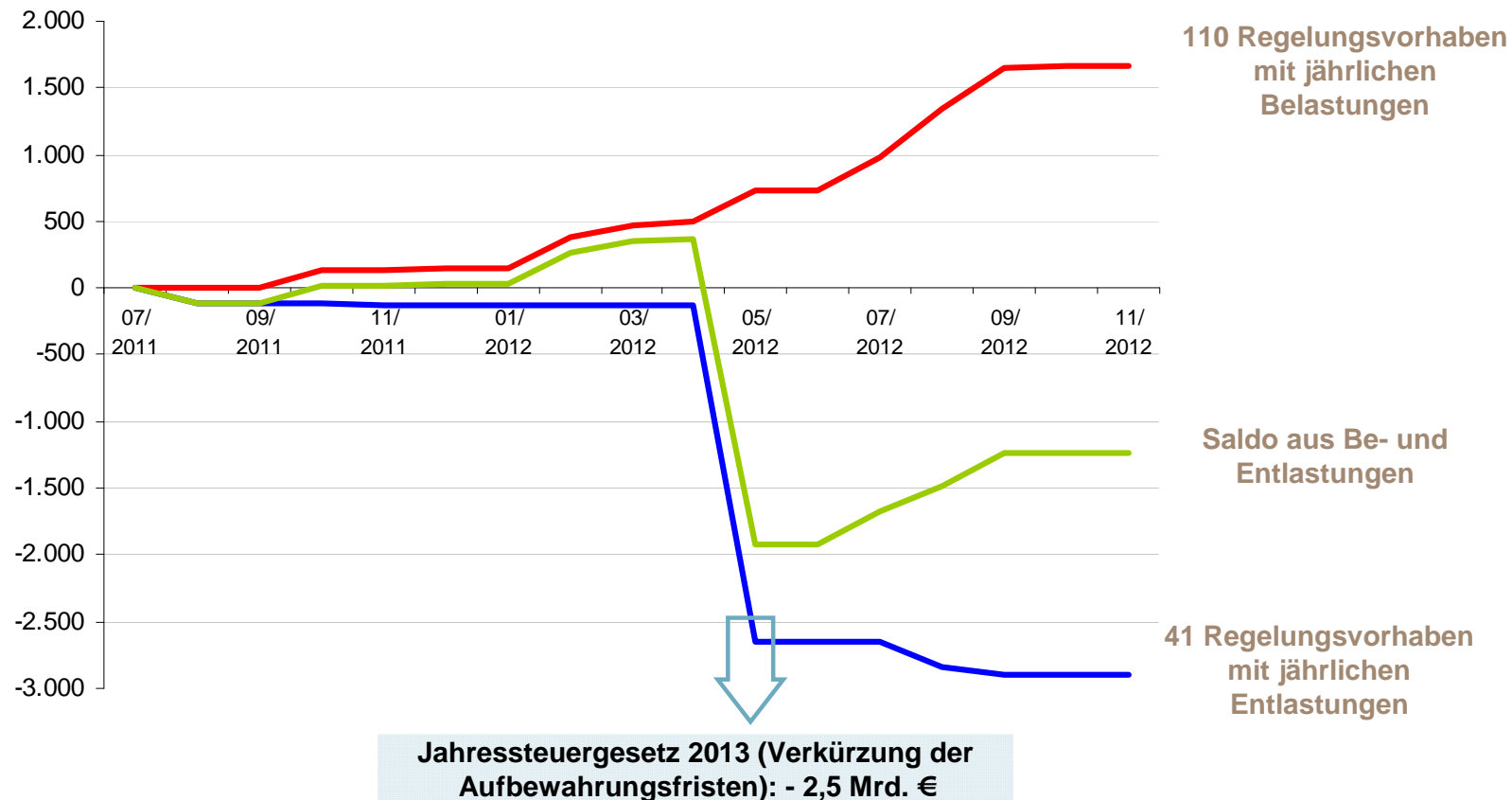
Mehr Transparenz durch NKR-G-Novelle – Umfassende Betrachtung aller Gesetzesfolgen (Erfüllungsaufwand)

Was gehört zum Erfüllungswand?



Entwicklung des jährlichen Erfüllungsaufwands für Wirtschaft und Verwaltung seit 1. Juli 2012*

Mrd. Euro

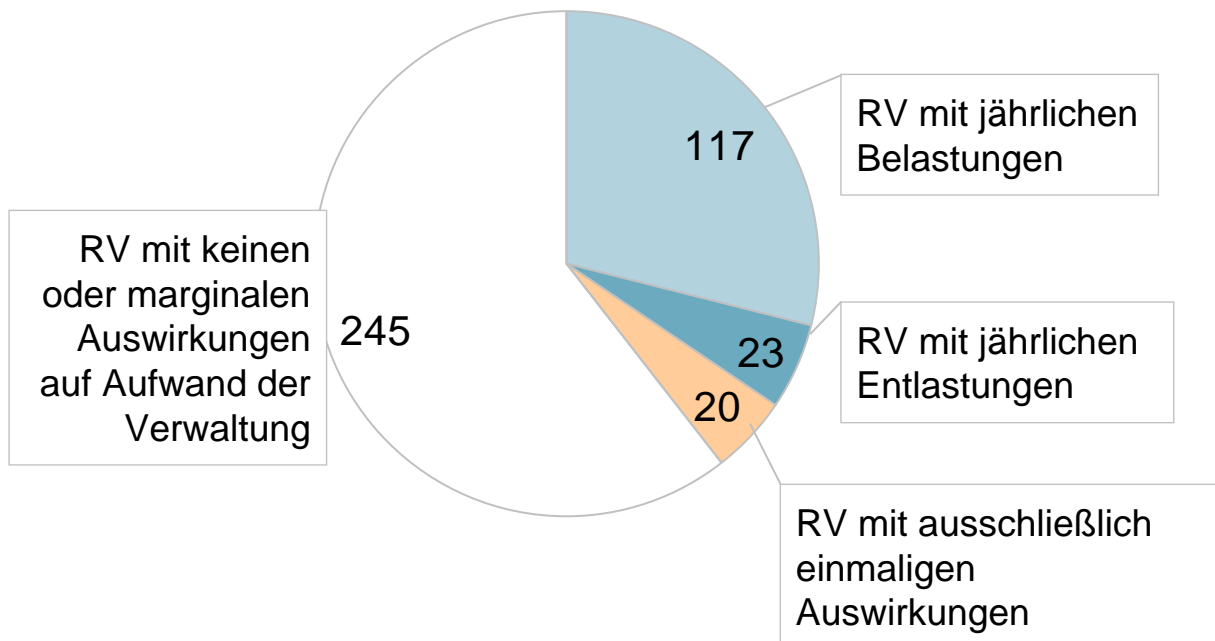


* Stand: 15. November 2012

Ex-ante-Abschätzung des Vollzugsaufwands für Bund und Länder

Auswertung Vollzugsaufwand seit 1. Juli 2011

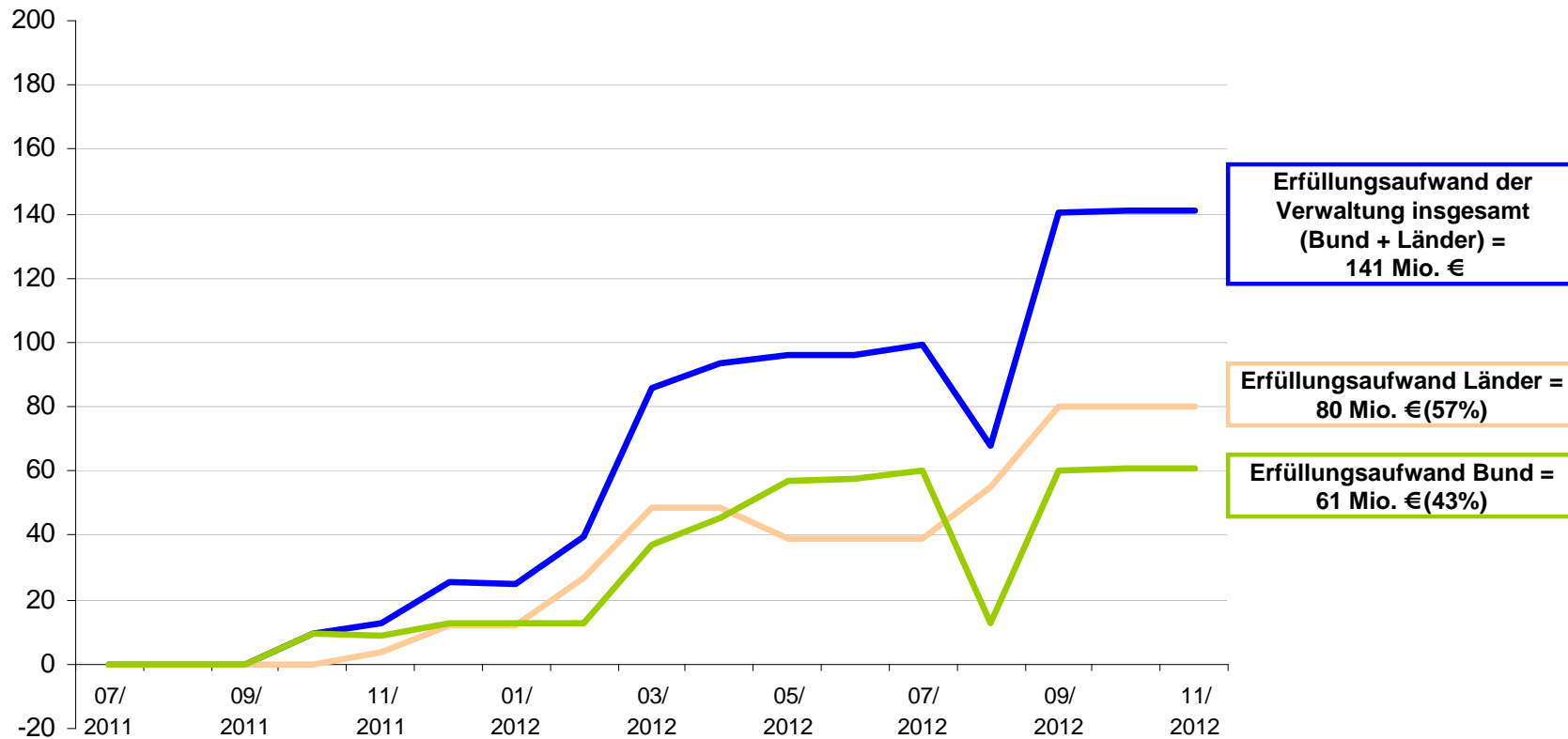
395 Regelungsvorhaben (RV) abschließend geprüft



- Rund **40%** aller vom NKR abschließend geprüften Regelungsvorhaben, haben **nennenswerte Auswirkungen auf Erfüllungsaufwand der Verwaltung**.
- Zum Vergleich, RV mit Auswirkungen auf
 - Wirtschaft: 30% der RV;
 - Bürokratiekosten: 17% (altes Mandat);
 - Bürger: 9%.

Entwicklung des Erfüllungsaufwands für Bund und Länder*

Mio. Euro



*Stand: 15. November 2012

Top 10 – Regelungsvorhaben, die zu jährlicher Belastung beim Erfüllungsaufwand der Länder führen

Ressort	Regelungsvorhaben	Erfüllungsaufwand*
BMELV	Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes	22,0
BMI	Gesetz zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005	21,6
BMFSFJ	Formulierungshilfe für einen Entwurf eines Gesetzes der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Einführung eines Betreuungsgeldes	16,1
BMWi	Verordnung zur Einführung einer Finanzanlagenvermittlungsverordnung	14,5
BMWi	Gesetz über die Neuordnung des Energieverbrauchskennzeichnungsrechts	6,2
BMG	Ersten Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte	3,3
BMELV	Tierschutz-Versuchstierverordnung	3,0
BMI	Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus	2,1
BMVBS	Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklungen des Städtebaurechts	0,6
BMWi	Gesetz über das Inverkehrbringen und Bereitstellen von Messgeräten, deren Verwendung und Eichung sowie über Fertigpackungen	0,5

Erweiterung des Ex-ante-Verfahrens auf Vollzugsaufwand für Länder und Kommunen: Herausforderungen aus Sicht des NKR

Vollständigkeit und Plausibilität der Kostenschätzung in Regierungsentwürfen sicherstellen

- Methodische Grundlage: **Leitfaden der Bundesregierung** zur Ermittlung des Erfüllungsaufwands (liegt Ländern vor).
- **Vollzugsaufwand** häufig für Fachressorts schwer abschätzbar:
 - **Fachressorts** sind auf **Angaben der Länder** angewiesen
 - In der Regel Abfragen der Fachressorts bei Ländern im Rahmen der **Länderanhörung**
 - Häufig nur **wenige Rückmeldungen oder unzureichende Angaben**

Beispiel – Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes (Folie 5):

- BMELV hat bei Ländern Angaben zum Erfüllungsaufwand abgefragt.
- 4 Länder haben sich in ihren Stellungnahmen zum Gesetzentwurf zum Erfüllungsaufwand geäußert.
- Davon 2 Länder mit hinreichenden Angaben zu Einzelparametern.
- Auf Grundlage der dem Ressort zur Verfügung stehenden Informationen wurde Vollzugsaufwand auf 22 Mio. Euro geschätzt.

Empfehlungen des NKR

- **Fachressorts der Länder** sind aufgerufen, systematisch, valide **Kostenschätzungen durchzuführen**.
- - **Bessere Koordinierung** der Kostenschätzungen auf Seiten der Länder
- **Praktikables Vorgehen**, Verzicht auf Vollerhebungen

Bürokratieabbau bei EU, Bund und Ländern: Neue Bürokratie verhindern

	Ausgangslage	Neuer, ganzheitlicher Ansatz erforderlich
EU	<ul style="list-style-type: none"> - Impact Assessment Board (IAB) der EU-Kommission, aber keine unabhängige Kontrolle 	<ul style="list-style-type: none"> - Frühzeitige und systematische Abschätzung der Kostenfolgen - Unabhängige Prüfung nach Vorbild Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Schweden und Tschechien
Bund	<ul style="list-style-type: none"> - Abschätzung aller Kostenfolgen (Erfüllungsaufwand) bei neuen Regelungsvorhaben der Bundesregierung - Prüfung durch den NKR (Ex-ante-Verfahren) 	<p>Regelungsentwürfe der EU</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kritische Auseinandersetzung mit Kostenschätzung in Ratsarbeitsgruppen (Was bedeutet EU-Entwurf für Deutschland, inkl. Aufwand für Länder und Kommunen?) <p>Regelungsvorhaben der Bundesregierung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kostenfolgenabschätzung unter Berücksichtigung des Aufwands für Länder und Kommunen
Länder/ Kommunen	<ul style="list-style-type: none"> - Normprüfungsausschüsse der Länder - Prüfung von Kostenfolgen landesrechtlicher Gesetz- und Verordnungsentwürfe 	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung der Fachressorts/ Zulieferung von Kostenschätzungen zum Vollzugsaufwand für Länder und Kommunen aus EU- und bundesrechtlichen Regelungen - Kritische Auseinandersetzung mit Kostenschätzungen und NKR-Stellungnahmen bei der BR-Befassung

Evaluation der Vollzugspraxis und Prozessoptimierung von Verwaltungsverfahren

NKR – Ebenenübergreifende „Einfacher zu...“-Projekte:

- Untersuchung von Verwaltungsverfahren zur Prozessoptimierung in den Bereichen Wohngeld, Elterngeld, BAföG, Einreiseoptimierung

Betriebsgründung:

- Projektbeginn Ende 2012/Anfang 2013
- Untersuchung von Verfahrensabläufen von der Geschäftsidee bis zum ersten Umsatz
- 6 Länder haben Interesse an der Teilnahme am Projekt bekundet (BY, BE, BB, HE, NW, SN)

KfZ-Wesen:

- Derzeit Abschluss der Pilotierung elektronischer Verfahren zur „Außerbetriebsetzung“ und „Wiederzulassung“ von Kraftfahrzeugen
 - jährlich 9 Mio. Verfahren
 - Statistisches Bundesamt hat Abschätzung des Erfüllungsaufwands durchgeführt
 - Potential zur Reduzierung des Erfüllungsaufwands für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung: rund 90 Mio. €/Jahr
- Entwicklung von Online-Lösungen für gesamtes Zulassungsverfahren in Planung (jährlich 25 Mio. Fälle)

„Einfacher zu...“-Projekte am Beispiel des Verfahrens zur Einreise von Fach- und Führungskräften aus Drittstaaten (Februar-September 2011)

a) Projekt-Ziele

- **Ebenenübergreifende Betrachtung** aller anfallenden Verwaltungsprozesse zur Einreise von Fach- und Führungskräften aus Drittstaaten.
- Identifizierung von **Möglichkeiten zur Vereinfachung** und Optimierung des Verfahrens.

b) Erkenntnisse

- **Verfahrensdauer:** Visumerteilung mit Beschäftigungserlaubnis dauert im Normalfall 6-8 Wochen, davon reine Bearbeitungszeit < 5 h.
- **Ursachen:** Vielzahl beteiligter Akteure, postalische Übermittlung von Dokumenten aus dem Ausland
- **Vereinfachungen:** Projektbericht liefert **35 Vorschläge**

c) Wirkungen

- **Verzicht auf** grundsätzliche **Beteiligung von Ausländerbehörden** > ermöglicht **Verkürzung** der Verfahrensdauer **um bis zu 20 Tage**
- Etwa die Hälfte der Projektvorschläge soll umgesetzt werden > wichtig **Einsatz von E-Government** > z.B. Informationsportale für Unternehmen.

Effektive Vermeidung und Reduzierung von Vollzugsaufwand bei Ländern und Kommunen: Empfehlungen des NKR

		1. Regierungs- Entwurf (Bundesrecht)	2. Parlamentarisches Verfahren (Bundesrat)	3. Gesetzesvollzug
a)	Ziele	- Transparenz über Vollzugsaufwand von Ländern + Kommunen	- Verbesserung der Entscheidungs-Grundlage für Bundesrat	- Möglichst effiziente Umsetzung von Regelungen
b)	Rolle von Länder/ Kommunen	- Unterstützung der Fachressorts : Zulieferung Kostenfolgen für Aufwand von Ländern und Kommunen	- Kritische Auseinandersetzung mit Kostenschätzung und NKR-Stellungnahme	- Stärkere ebenenübergreifende Kooperation (z.B. im Bereich E-Government) - Prozessoptimierung
c)	Empfehlungen aus Sicht des NKR	- Systematisches und koordiniertes Vorgehen auf Seiten der Länder	- Stärker Vollzugseffekte und Möglichkeiten zur Kostenreduktion im Bundesrat in den Blick nehmen	- Evaluation der Vollzugspraxis (ebenenübergreifende Projekte) - Rückmeldung zur Vollzugspraxis an Bund

Ebenenübergreifende Zusammenarbeit beim Bürokratieabbau

Maßnahmen des NKR

Stärkung der ebenenübergreifenden Kooperation im Bereich **E-Government**:
Gemeinsame Sitzung mit Vertretern des **IT-Planungsrates** (27. November 2012)

Teilnahme an der **Wirtschaftsminister-Konferenz** (3./4. Dezember 2012)

Aktive Unterstützung ebenenübergreifender Projekte und **Monitoring der Umsetzung von Vereinfachungsmaßnahmen** (z.B. NKR-Zwischenbilanz BAföG)

Neufassung und Erweiterung des BMWi-Konzepts zur Weiterentwicklung des **EU-Ex-ante-Verfahrens**

Mehrwert für Länder

Mehr Transparenz über Kosten der Länder durch **EU- und Bundesrecht**

Stärkung des Kostenbewusstseins in den Fachverwaltungen und der Politik (Länderparlamente, Bundesrat)

Intensivierung des Abbaus von Bürokratie in der Verwaltung, aber auch für Wirtschaft und Bürger

Zentrale Bedeutung des Bürokratieabbaus zur **Haushaltskonsolidierung**



Kontakt

Nationaler Normenkontrollrat

Willy-Brandt-Straße 1

10 557 Berlin

Internet: <http://www.normenkontrollrat.bund.de>

E-Mail: nkr@bk.bund.de